

Nr. 14/17 vom 06.11.2014

European Energy Colloquium

Energiepolitische Erwartungen der Regionen an die neue Legislaturperiode

Brüssel. Die Regionen in Deutschland und Europa verknüpfen mit der Energiepolitik des im Mai gewählten Europäischen Parlaments und der neuen Amtsperiode der EU-Kommission hohe Erwartungen, sind sie es doch, die deren Entscheidungen umsetzen und mit den sich damit ergebenden Chancen und Risiken umgehen müssen. Ihre Erwartungen, Herausforderungen und Initiativen standen im Fokus des „European Energy Colloquium“ des Forum für Zukunftsenergien e.V. am 05. November 2014 in Brüssel.

Stellvertretend für die Regionen präsentierte Uwe Hüser (Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz) die Erwartungen seines Bundeslandes an die Energiepolitik der Europäischen Kommission. Er vertrat die kurzfristig verhinderte Ministerin und Kuratorin des Forum für Zukunftsenergien, Eveline Lemke. Hüser merkte an, dass die Krise in der Ukraine die erhebliche Importabhängigkeit Europas von fossilen Energieträgern verdeutlicht habe und bewertete die Versorgungssicherheit als einen der entscheidenden Standortfaktoren für die europäischen Mitgliedstaaten. Daraus zog er den Schluss, dass es zum Ausbau heimischer erneuerbarer Energien im Strom-, Wärme und Verkehrssektor sowie zum sparsameren und effizienteren Einsatz von Energie keine Alternative gebe. Europa brauche deshalb auf Unionsebene verbindliche energiepolitische Ziele, entsprechende klare Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit, eine Förderpolitik mit Anreizen für Investitionen in ein zukunftsfähiges Energiesystem sowie eine stärkere Integration der nationalen Energiemärkte in einen weitgehend liberalisierten europäischen Energiemarkt. Die bisherigen energie- und klimaschutzpolitischen Zielstellungen der EU für 2030 bewerte die rheinland-pfälzische Landesregierung als wenig ambitioniert. Der Staatssekretär sprach sich für eine klare Kompetenzregelung innerhalb der europäischen Energiepolitik aus, um Überschneidungen bei Querschnittsthemen, wie z.B. dem Wettbewerbs- und Beihilferecht, zukünftig zu vermeiden. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien für die Politik der Landesregierung.

Dr. Andreas Cerbe vertrat in seiner Funktion als Netz- und Technikvorstand der RheinEnergie AG die Interessen eines regionalen Energieversorgers. Er kritisierte den Umstand der lediglich auf europäischer Ebene festgelegten Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und bezüglich der Energieeffizienz bis 2030, da sie zu keinem verlässlichen Rahmen für die Energiewirtschaft führten. Insbesondere mahnte er an, den Systemwechsel in der Stromerzeugung von zentralen, konventionellen Großanlagen zu mehr dezentralen und erneuerbaren Energien Anlagen mit Augenmaß fortzusetzen. Dabei dürfe der Ausbau der Erneuerbare Energien Anlagen nicht auf den Strombereich begrenzt bleiben, sondern müsse verstärkt auf den Wärmebereich ausgedehnt werden. Gerade in Städten und Ballungsräumen sei die Kraft-Wärme-Kopplung das entscheidende Mittel zu Gunsten eines erfolgreichen Ressourcen- und Klimaschutzes. Aus Sicht der RheinEnergie AG steige mit der derzeitigen Entwicklung das Risiko von großflächigen Stromausfällen und gefährde somit die in Deutschland historische Systemsicherheit. Deshalb forderte Cerbe, die Systemverantwortung auch

auf die Verteilnetzbetreiber zu übertragen. Ferner plädierte er dafür, das ursprüngliche Ziel der CO₂-Reduktion wieder verstärkt in den Blick zu nehmen und unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten europäisch konsequent zu verfolgen.

Kilian Gross (Acting Head of Unit A1 / Koordinierung der Energiepolitik, Europäische Kommission) kommentierte und ergänzte die Anmerkungen von Staatssekretär Hüser und Dr. Cerbe aus Sicht der Europäischen Kommission. Die jüngsten Beschlüsse des Europäischen Rates vom Oktober d. J. zum energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2030 verlangten nach einer wirksamen Umsetzungsstrategie, die in Teilen schon erarbeitet sei. Demnach bilde das von der Kommission vorgeschlagene Governance-System einen zentralen Bestandteil dieser Strategie. Dieses basiere in erster Linie auf verstärkter Koordinierung und Kooperation zwischen Mitgliedstaaten und Regionen, um die gemeinschaftlich gesetzten Ziele zu erreichen. Den Regional- und Kommunalbehörden werde eine wichtige Rolle zugemessen, und zwar als Vorreiter und Impulsgeber der Energiepolitik auf europäischer Ebene und zugunsten deren Umsetzung mittels Dezentralisierung des Energieangebots, Energienachfrage-Management und Schaffung öffentlicher Akzeptanz bei Kapazitäts- und Infrastrukturausbau. Gross verdeutlichte die Notwendigkeit eines europäischen Finanzierungsrahmens nach 2020 zur Umsetzung der ambitionierten energie- und klimapolitischen Ziele bis 2030 und der Realisierung der notwendigen Investitionen am Energiemarkt.

Abschließend diskutierten die Vortragenden unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld (Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien e.V.) u.a. über das Spannungsfeld zwischen Forderungen der Regionen an die EU und ihrer Bereitschaft, auch ihrerseits Zugeständnisse zu Lasten eigener Politikziele zu machen, um die gesteckten europäischen Ziele zu erreichen.

Die Präsentationen der Vortragenden stehen für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Landesvertretung Rheinland-Pfalz für die Gastfreundschaft und bei der Deutsche Shell Holding GmbH für die Unterstützung.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Katja Freitag
Projektleiterin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de